

5.2.2. Der weitere Aufbau des Sozialismus in der DDR nach 1963

Im Januar 1963 fand in Berlin der VI. Parteitag der SED statt. Er beschloß ein neues **Partei-programm**, das die Aufgaben für die weitere Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR festlegte. Ausgehend vom erreichten Stand der gesellschaftlichen Entwicklung, bestimmte das Programm den **umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR** als Ziel der nächsten Entwicklungsetappe.

Das **Programm der SED** aus dem Jahre 1963 ging von der geschichtlichen Lehre des Kampfes der deutschen und internationalen Arbeiterklasse aus, daß die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion für die Lösung dieser Aufgaben von erstrangiger Bedeutung sind. Die SED unterstrich, daß die DDR als sozialistischer Staat ein fester, unverrückbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft ist. Die aktive Solidarität mit dem Freiheitskampf der Völker gegen Imperialismus und Kolonialismus und der Kampf um dauerhaften Frieden wurden als weitere Grundsätze der Politik unseres Staates gekennzeichnet. Der Parteitag bekräftigte den berechtigten Anspruch der DDR auf Mitgliedschaft in der UNO und trat für Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten ein.

Die Partei der Arbeiterklasse ließ auch keinen Zweifel daran, daß die weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft nur durch zielbewußte Arbeit, unter großen Anstrengungen, in einem komplizierten Kampf erreicht werden konnte. Große Aufmerksamkeit widmete der VI. Parteitag der SED den notwendigen Schritten zur weiteren **Entwicklung der Volkswirtschaft**. Im Mittelpunkt stand dabei die Notwendigkeit, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, die Selbstkosten der Erzeugnisse zu senken und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen. Dementsprechend mußten jene Zweige der Volkswirtschaft vorrangig entwickelt werden, die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt durchsetzen halfen. Insbesondere betraf das die chemische Industrie, den Maschinenbau, den wissenschaftlichen Gerätebau sowie die Elektrotechnik und

Elektronik. Zugleich war es notwendig, die Energie- und Rohstoffbasis zu erweitern und das Verkehrswesen zu vervollkommen.

Insgesamt kam es darauf an, die Führungstätigkeit der SED und des sozialistischen Staates konsequent auf die **Nutzung der Vorzüge des Sozialismus** zu orientieren. Da einer der entscheidenden Vorzüge der sozialistischen Gesellschaft gegenüber der kapitalistischen in der verantwortungsbewußten Teilnahme der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen an der Lösung der Produktionsaufgaben und an der Leitung und Planung der Wirtschaft besteht, mußte die Leitungstätigkeit diesen Vorzug noch besser nutzen. Das bedeutete, in der Leitungstätigkeit den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen, kollektiven und persönlichen Interessen bewußt zu beachten.

Entsprechend dieser Aufgabenstellung des VI. Parteitag der SED wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1963 in breiter demokratischer Diskussion Richtlinien für die **Leitung und Planung der Volkswirtschaft** ausgearbeitet. Eine Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrates der DDR beriet diese Richtlinien und wertete erste Erfahrungen bei ihrer Anwendung aus, bevor sie als „Richtlinien für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ in Kraft gesetzt wurden. Mit dieser Maßnahme wurde auch in der DDR eine **sozialistische Wirtschaftsreform** eingeleitet. (Siehe Abschnitt 5.1.2.!) Die damit verbundenen neuen Festlegungen über die Abhängigkeit der Höhe des Prämienfonds von der Planerfüllung und dem erwirtschafteten Gewinn des Betriebes, die Einführung von Schichtprämien, eines leistungsabhängigen Zusatzurlaubs und andere Maßnahmen waren darauf gerichtet, Interesse und Verantwortungsbewußtsein der Werktätigen als sozialistische Eigentümer und Produzenten zu stärken. Die Partei der Arbeiterklasse mußte sich aber auch mit Auffassungen auseinandersetzen, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die neuen Formen der Leitung und Planung allein eine Sache der Wirtschaftsfunktionäre, der Ingenieure und Techniker seien. Sie wandte sich entschieden gegen Erscheinungen der Geringschätzung der Initiative und des Ideenreichtums der Arbeiter.



Bitterfelder Kumpel diskutieren 1961 mit dem Künstler über sein Gemälde „Bergmann Erich Schacher“. Als erster ging Erich Schacher damals aus seiner guten in eine schwächere Bergbaubrigade, um sozialistische Hilfe zu leisten

Die neue Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung stellte aber nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet wachsende Anforderungen. Sie erforderte auch ein höheres Bildungs- und Kultur-niveau der Werktätigen. Davon ausgehend, beschloß der VI. Parteitag der SED, ein **einheitliches sozialistisches Bildungswesen** zu schaffen. Auf der Grundlage dieses Beschlusses erarbeitete im Frühjahr 1963 eine Kommission im Auftrage des Ministerrats „Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“. Nach einer über ein Jahr dauernden Volksdiskussion, die zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung des Gesetzentwurfes erbrachte, beschloß die Volkskammer der DDR im Februar 1965 das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“. Es ist seitdem die Grundlage für das einheitliche Wirken aller staatlichen und gesellschaftlichen Bildungseinrichtungen.

Auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse, der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft, der sozialistischen Staatsmacht und der sozialistischen Beziehungen zwischen den Klassen und sozialen Schichten wurde es möglich, die **sozialistische Nationalkultur** schrittweise herauszubilden. Seit Beginn der sechziger Jahre trat die künstlerische Gestaltung

der Probleme des sozialistischen Aufbaus, der neuen Beziehungen zwischen den Klassen und Schichten und vor allem von Arbeiterpersönlichkeiten in den Mittelpunkt vieler Kunstwerke. Der neue Charakter der Kunst zeigte sich aber auch in einer weiteren Entwicklung vielfältiger Formen des künstlerischen Volksschaffens und in einer engeren Zusammenarbeit von Berufs- und Laienkünstlern.

Auf Grund der Ergebnisse der gesellschaftlichen Entwicklung wurde es in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre immer notwendiger, die sozialistischen Errungenschaften und die weiteren gesellschaftlichen Aufgaben in einer neuen, sozialistischen Verfassung der DDR zu verankern. Deshalb wurde im Auftrag der Volkskammer der DDR der Entwurf einer neuen Verfassung erarbeitet und im Januar 1968 zur Diskussion veröffentlicht. In einer großen Volksaussprache, an der sich über 11 Millionen Bürger beteiligten, wurde der Entwurf beraten und darüber diskutiert, wie die Aufgaben zur weiteren Stärkung der DDR noch erfolgreicher gelöst werden konnten. Auf der Grundlage der Vor-

schläge der Bevölkerung wurden über 100 Änderungen am Verfassungsentwurf vorgenommen. Beim Volksentscheid am 6. April 1968 stimmten dann fast 95 Prozent der wahlberechtigten Bürger der DDR für die sozialistische Verfassung.

In der Verfassung wurden die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der SED, sowie die Rechte der Gewerkschaften bei der umfassenden Mitwirkung an der Leitung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zum Gesetz erhoben. Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln, das feste Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und anderen Schichten des Volkes kennzeichnete die Verfassung als Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

- 1. Erklären Sie am Beispiel, wie in den sechziger Jahren die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen unter Führung der SED um die Gestaltung des Sozialismus in der DDR rangen!
- 2. Vergleichen Sie die Aufgabenstellung des VI. Parteitages der SED mit den Aufgaben, die vor den anderen sozialistischen Staaten Europas zu dieser Zeit standen! Zu welcher Schlußfolgerung gelangen Sie? (Siehe dazu auch Abschnitt 5.1.)

Aus der Verfassung der DDR vom 6. April 1968

„Artikel 2

1. Alle politische Macht in der Deutschen Demokratischen Republik wird von den Werktätigen ausgeübt. Der Mensch steht im Mittelpunkt aller Bemühungen der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates...
2. Das feste Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, den Angehörigen der Intelligenz und den anderen Schichten des Volkes, das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln, die Planung und Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung nach den fortgeschrittensten Erkenntnissen der Wissenschaft bilden unantastbare Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung.
3. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist für immer beseitigt. Was des Volkes Hände schaffen, ist des Volkes Eigen. Das sozialistische Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ wird verwirklicht...“³

³ Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968. Berlin 1968, S. 9 f.